

# Jugend & Familie

Ausgabe Mai 2013 / Nr. 5

Arbeitsgruppe «Jugend und Familie», Postfach 4053, 8021 Zürich



## Wo wir Freude schenken durften...

Mitte März konnte ich meinen diesjährigen Fastenaufruf versenden und mit unserem letzten Rundbrief von Ende April haben Sie einen Appell zur Unterstützung unserer Muttertagsaktion erhalten. Daraufhin sind bei uns genügend finanzielle Mittel eingegangen, um unsere Hilfsarbeit für Familien in Not über die kommenden Monate weiter zu führen. Besonders schön war, dass wir aufgrund der eingegangenen Gaben fast 500 Müttern kinderreicher Familien zum Muttertag als Anerkennung für deren täglichen Einsatz eine feine Schachtel Pralinés schenken konnten.

Wir möchten an dieser Stelle nur einige wenige der Familien und Mütter abbilden, die wir beglücken durften.

Es liegt mir daran, Ihnen allen für diese wichtige Hilfe bei unserem Einsatz von ganzem Herzen zu danken! Ohne Ihr Mittragen, liebe Freunde und Gönner, könnten wir unseren Einsatz nicht leisten. Dessen sind wir uns bewusst! Deshalb vielen, vielen Dank für Ihre Unterstützung!



In herzlicher Verbundenheit

**Käthi Kaufmann-Eggler**  
Präsidentin



# Nationalrat: Keine Gerechtigkeit für Familien, die ihre Kinder selber betreuen

Am 15./16. April behandelte der Nationalrat die Volksinitiative «Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» und lehnte diese mit 109 zu 74 Stimmen ab. Die Vorlage geht nun an den Ständerat und schliesslich folgt eine Volksabstimmung.

Eltern, die ihre Kinder in die Krippe geben, können seit 1. Januar 2011 bei den direkten Bundessteuern einen Abzug von bis zu 10'100 Franken machen. Auch die Kantone müssen einen Fremdbetreuungsabzug einführen. Seither sind Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, gleich dreifach benachteiligt: Erstens verzichten sie auf ein Zusatzeinkommen, zweitens können sie nichts von den Steuern abziehen und drittens zahlen sie mit ihren Steuern noch an die subventionierten Krippenplätze.

## Diskriminierung beseitigen

Im Juli 2011 wurde deshalb mit 113'000 Unterschriften die Initiative «Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» eingereicht. Sie verlangt, dass Eltern, die Kinder selber betreuen, einen gleich hohen Steuerabzug erhalten wie jene, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen (Art. 129, Abs. 4 BV). Damit soll die Diskriminierung beseitigt und die Eigenbestimmung bei der Kindererziehung sichergestellt werden.

## Scheinargumente dagegen

Die wesentlichen Argumente gegen die Initiative lauten nun, dass diese gegen das Prinzip der «Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit» verstosse: Wer für die Fremdbetreuung bezahle, habe weniger Einkommen verfügbar als Haushalte, die ihre Kinder selbst betreuen. Damit würden Haushalte mit selbst betreuten Kindern «als traditionelle Familienform» gegenüber Haushalten mit fremdbetreuten Kindern bevorzugt. Zudem sei bei einer Mischung von Fremd- und Eigenbetreuung (z.B. zwei Tage Kita und ein Tag bei den Grosseltern) die Abgrenzung bürokratisch zu aufwendig.

## Wegen Unentgeltlichkeit der Familienarbeit kein Steuerabzug?

Das Argument des «geringeren verfügbaren Einkommens» bei Familien, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, geht von der verhängnisvollen Annahme aus, dass die Familien- und Erziehungsarbeit

– weil finanziell unentgeltlich – gewissermassen wertlos sei. Klar: Doppelverdienereltern erzielen zwar mehr Einkommen, müssen andererseits aber die Fremdbetreuung bezahlen. Eine Mutter, die als Familienmanagerin ihre Kinder selber betreut, leistet jedoch den genau gleichen, wenn nicht besseren Einsatz, wie jede bezahlte Kinderkrippe. Im Sinne der Gerechtigkeit hätten diese Mütter deshalb sogar ein Anrecht auf eine Entschädigung – ein Erziehungsgeld (wie in Deutschland).

Doch die Tatsache, dass Familien- und Erziehungsarbeit nicht «bezahlt» wird, wird nun sogar gegen diese Familien verwendet. Oder wie es FDP-Nationalrat Andrea Caroni (AR) formulierte: «Jemandem einen Abzug zu gewähren, der kein steuerbares Einkommen hat, ist einfach ein Geschenk.» Eltern, die auf eine Einkommensquelle verzichten, weil sie ihre Kinder selbst betreuen, werden damit bewusst diskriminiert.

Dass Steuererklärungen ein bürokratischer Albtraum sind, liegt auf der Hand. Trotzdem gibt es bereits jetzt zahlreiche Fälle, wo ähnliche Abgrenzungen vorgenommen werden (bei den Berufsauslagen, usw.). Solches wäre ohne Weiteres auch beim Betreuungsabzug möglich.

## Ergänzungsleistungen statt Abzüge?

Schliesslich wurde in der Parlamentsdebatte vorgebracht, dass die Initiative faktisch auf einen Pauschalabzug hinauslaufe und besser die Kinderabzüge erhöht, bzw. Ergänzungsleistungen eingeführt werden sollten. Hiergegen ist nichts einzuwenden. Allerdings sind kaum ernsthafte Bestrebungen in diese Richtung auszumachen. Zudem sollte man die wachsende Steuerbelastung und Staatsverschuldung nicht vergessen, welche ein weiterer Ausbau des Sozialsystems (EL) mit sich bringt. Es sind gerade die kinderreichen Mittelstandsfamilien, die sich eigenständig über Wasser zu halten versuchen, die unter den ständig steigenden Gebühren und Abgaben besonders leiden.

## Gesellschaftspolitische Grundsatzfragen

All diese Elemente sind jedoch zweitrangig. Letztlich geht es nämlich um gesellschaftspolitische Grundfragen – und zwar einerseits den schleichenden Zwang auf die Mütter zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und andererseits um den Stellenwert der Familie in Gesellschaft und Staat.

Für Sozialisten und Liberale ist nicht die Familie, sondern das Individuum Keim-



Juli 2011: Einreichen der Unterschriften für die Initiative «Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen». Auch seitens unserer Arbeitsgruppe «Jugend und Familie» haben wir uns an der Unterschriftensammlung intensiv beteiligt.

## Wenig Verständnis für kinderreiche Familien: CVP-Nationalrätinnen, die im Parlament gegen die Initiative «Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» gestimmt haben:



Von links nach rechts: Lucrezia Meier Schatz (CVP/SG, Geschäftsführerin von Pro Familia Schweiz), Kathy Riklin (CVP/ZH), Ruth Humbel (CVP/AG) und Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH). Ruth Humbel setzt sich gleichzeitig auch für die Drogenliberalisierung ein und Barbara Schmid-Federer war im Nationalrat Kommissionssprecherin gegen die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache».

zelle des Staates. Im Mittelpunkt steht für sie das Individuum, und zwar – je nach Sichtweise – als Teil eines Kollektivs oder als Produktions- und Konsum-Einheit. Die traditionelle, auf vielfältigen Bindungen und Verpflichtungen (Ehe, Treue und gegenseitige Sorge) basierende Familie ist in diesem Verständnis ein Relikt vergangener Zeiten.

### Familienbegriff aufgelöst

Der Familienbegriff wird dabei völlig aufgelöst und degeneriert zur bloss praktisch-organisatorischen Einheit von Personen jeglichen Geschlechts. Familien sind auch nicht mehr auf Dauer angelegt, sondern werden zu Lebensabschnittsgemeinschaften. Die Vermittlung von bestimmten Verhaltensweisen und Werten, welche traditionell der Familie zugeordnet ist, wird an Krippe, Schule und Staat ausgelagert.

Die auf festen Bindungen und Verpflichtungen basierende Familie steht in dieser Sicht quer in der Landschaft – ja sie erscheint sogar störend auf dem Weg zur individualistischen Perfektionierung der Gesellschaft zur vollen Entfaltung des Individuums als Produktions- und Konsumeinheit.

### Zwang zur Erwerbstätigkeit

Zwecks Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität sollen nämlich möglichst viele Mütter ins ausserhäusliche Erwerbsleben eingegliedert werden. Oder wie Kathrin Bertschy (GLP/BE) in der Nationalratsdiskussion meinte: «Es ergibt volkswirtschaftlich keinen Sinn, Frauen und Männer gut auszubilden, ihnen dann aber eine Prämie zu bezahlen, damit sie dennoch zu

Hause bleiben.» Maria Bernasconi (SP/GE) brachte es auf den Punkt: «Warum sollen wir Frauen noch ausbilden, wenn sie danach nicht arbeiten sollen?» Offener kann man den Zwang auf Mütter kaum mehr ausdrücken, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Die »traditionellen Familienmodelle«, die laut Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo (SP/LU) mit der Initiative gefördert würden, stehen all diesen Bestrebungen im Weg.

### Für Mütter kinderreicher Familien unzumutbar

Zahlreiche Mütter entscheiden sich aus freien Stücken für die Familien- und Erziehungsarbeit. Deren Beruf als Familienmanagerin sollte endlich als vollwertige Arbeit anerkannt werden.

Andererseits ist die Annahme einer ausserhäuslichen Erwerbstätigkeit für viele Frauen – vor allem mit vier oder fünf Kindern – ganz einfach nicht zumutbar. Der schleichende Zwang auf diese Mütter ist schlicht verantwortungslos. Immer wieder treffen wir seitens «Jugend und Familie» bei unserer Hilfstätigkeit für Familien in Not auf genau solche Situationen, wo Mütter kinderreicher Familien an der Doppelbelastung von Familien- und Erwerbsarbeit zerbrechen.

### Enttäuschende BDP

Das Stimmverhalten der Parteien im Nationalrat war aufschlussreich. Geschlossen gegen die Initiative waren natürlich SP, Grüne und Grünliberale. Erstaunlicherweise stimmte auch die (von der SVP abgespaltene) BDP geschlossen gegen die Initiative – vielleicht auf Weisung ihrer Bundesrätin Widmer-Schlumpf, welche in diesem

Dossier federführend ist. Unter den Freisinnig-Liberalen brachten immerhin vier Nationalräte den Mut auf, für die Initiative zu stimmen, nämlich Walter Müller (SG), Pezzatti (ZG), Vitali (LU) und Wasserfallen (BE). 23 Freisinnige stimmten dagegen.

### Zweifelhafte «Familienpolitikerinnen» bei der CVP

Die CVP/EVP-Fraktion hatte sich vor der Debatte mit 16 zu 6 Stimmen für die Initiative ausgesprochen und CVP-Präsident Darbellay sich mit deutlichen Worten dafür eingesetzt. Tatsächlich ist die CVP – wie die SVP – eine engagierte Familienpartei und hat ebenfalls zwei Initiativen (z.B. gegen die «Heiratsstrafe») hängig, welche wir seitens «Jugend und Familie» unterstützen. Hinzu kommt, dass die CVP in Zug, Luzern und Wallis zur Einführung kantonaler Steuerabzüge beigetragen hat, wie es die Initiative nun auf Bundesebene will.

Tatsächlich stimmten schliesslich 17 Mitglieder der CVP/EVP-Fraktion für die Initiative, drei enthielten sich und acht stimmten dagegen. Traurig ist, dass sich unter diesen acht ausgerechnet jene CVP-Nationalrätinnen befinden, die sonst in familien- und sozialpolitischen Themen regelmässig eine Riesenklappe führen, wie etwa die Geschäftsführerin von Pro Familia Schweiz, Lucrezia Meier Schatz (CVP/SG), oder Kathy Riklin (CVP/ZH), Ruth Humbel (CVP/AG) und Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH) – alle drei im Vorstand der CVP-Frauen Schweiz. Bei der SP oder den Liberalen wären diese Damen vielleicht besser aufgehoben...

Celsa Brunner

# Nein des Nationalrats zur Abtreibungsfinanzierungsinitiative

**Nebst der Initiative «Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» behandelte der Nationalrat noch ein zweites zentrales Thema, nämlich die Abtreibungsfinanzierung. Auch hier kam es zu einem bedauerlichen Ergebnis.**

Seit Jahren kämpfen wir dafür, einerseits nicht mehr mit unseren Krankenkassenbeiträgen Abtreibungen mitzufinanzieren, und andererseits zu verhindern, dass das Spitalpersonal gegen das Gewissen zur Mitwirkung an Abtreibungen gezwungen wird.

Im Juli 2011 wurde deshalb die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» eingereicht. Die Stossrichtung: Abtreibungen sind keine Krankheit und gehören nicht in den Leistungskatalog der obligatorischen Krankenversicherung. Der Initiativtext enthält jedoch kein absolutes Verbot der Abtreibungsfinanzierung aus der Grundversicherung – eine solche wäre in «seltenen Ausnahmefällen» weiterhin möglich, wobei die Fälle auf Gesetzesstufe zu präzisieren wären. Zudem stünde es frei, sich mittels Zusatzversicherung auch für Abtreibungen zu versichern.

Der Bundesrat empfahl im Mai 2012 eine Ablehnung der Initiative. Er meinte, dass «die ungefähr 8 Millionen

*Franken, die bei einer Streichung der Kostenübernahme für den Schwangerschaftsabbruch in der Grundversicherung eingespart werden könnten, sich angesichts der rechtlichen, sozialen und gesundheitlichen Folgen für die Frauen nicht rechtfertigen lassen»* (vgl. JUFA Juni 2012). Bedauerlich und unverständlich sprachen sich auch der Evangelische Kirchenbund und die Bischofskonferenz gegen die Initiative aus (vgl. Protestaktion JUFA Februar 2013).

Am 17. April diskutierte nun der Nationalrat das Thema und lehnte die Initiative mit 130 gegen 29 Stimmen bei 19 Enthaltungen ab. Einzig die SVP-Fraktion hatte sich für die Vorlage ausgesprochen. Mit Ja stimmten Teile der SVP sowie einzelne CVP-Vertreter.

In der Debatte kamen die wichtigsten Argumente für die Initiative klar zum Ausdruck: Toni Bortoluzzi (SVP/ZH) forderte Verständnis für jene, die aus ethischen Überzeugungen Abtreibungen nicht über ihre Prämien mitfinan-

zieren wollen. Für Abtreibungswillige seien die Aufwendungen von 800 bis 1'000 Franken zumutbar, die eine Abtreibung koste. Die Verantwortung für die Verhütung und ebenso die finanziellen Folgen bei einer Unterlassung seien selbst zu übernehmen. Sylvia Flückiger (SVP/AG) argumentierte, in der Grundversicherung gehe es darum, Massnahmen zum Erhalt des Lebens und nicht zu dessen Vernichtung zu bezahlen. Für die Gegner ist die Sache relativ einfach. Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH) sieht in der Streichung der Kassenleistungen eine Entsolidarisierung. Frauen, die in Notlagen abtreiben, würden dadurch zusätzlich mit finanziellen Belastungen konfrontiert. Und für Bea Heim (SP/SO) führt die Initiative «zurück zu illegalen Abtreibungen in Hinterhöfen wie im Mittelalter». Ursula Haller (BDP/BE) schliesslich warf den Befürwortern kurzerhand Scheinheiligkeit vor.

## Lautloses Aus für Sex-Kompetenzzentrum Luzern

Das Kompetenzzentrum Sexualpädagogik und Schule, angesiedelt an der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz in Luzern und finanziert vom Bundesamt für Gesundheit (BAG), stellt Mitte Jahr seinen Dienst ein. Das habe «politische Gründe», sagte Leiter Titus Bürgisser. Tatsächlich waren die verhängnisvollen «Aufklärungs»aktivitäten des selbsternannten «Kompetenz»zentrums immer wieder Gegenstand zahlreicher Proteste – auch unsererseits. Ganz verschwinden wird das Erbe des Zentrums allerdings nicht. Nachdem der Bund dieses über sieben Jahre mit Millionenbeträgen finanziert hatte, will jetzt die Pädagogische Hochschule Luzern selber die dubiose Website [www.amorix.ch](http://www.amorix.ch) weiterführen. (JUFA)

## Gebetsanliegen des Monats:

**Wir beten:**

- **Für baldige Heilung einer alleinerziehenden Ostschweizer Mutter von vier Kindern: Noch nach Jahren leidet sie so sehr unter der Trennung und allen Sorgen, dass sie in eine psychiatrische Klinik eingewiesen werden musste.**
- **Für einen sechsfachen Vater aus dem Kanton Solothurn, den seine Frau mit vier der Kinder verlassen hat: Er sorgt sich um seine Zukunft und jene seiner Kinder und leidet unter schweren Herzproblemen.**
- **Für eine junge Familie aus dem Zürcher Unterland: Im Sommer werden Vierlinge erwartet – und der Vater hat aus gesundheitlichen Gründen seine Stelle als Logistiker verloren.**
- **Einmal mehr für die an einer schweren Muskelerkrankung leidende St.Galler Mutter von sechzehn Kindern: Dass sie immer wieder Kraft findet, mit all ihren Helferinnen zuversichtlich den nächsten Tag zu meistern.**
- **Für eine Familie im Berner Oberland: Das Verhältnis zwischen Schule und Elternhaus ist schwierig.**
- **Für einen dreifachen Familienvater aus dem Urnerland: Nach einem Autounfall ist er schwerverletzt auf der Intensivstation. Möge ihm der allmächtige Vater Heilung schenken und allen seinen Lieben viel Kraft und Zuversicht.**

## Impressum:

Erscheinungsweise: monatlich  
Jahresabonnement: Fr. 20.–  
Spendenkonto PC 80-33443-1  
Redaktion dieser Ausgabe:  
Käthi Kaufmann, Bürglenstrasse 31,  
3006 Bern, Tel. 031 351 90 76  
E-Mail: [kaufmanns@livenet.ch](mailto:kaufmanns@livenet.ch)  
[www.jugendundfamilie.ch](http://www.jugendundfamilie.ch)  
Hilfesuche betreffend Familien in Not sind zu richten an:  
Franziska Wyss, Pilatusblick 24,  
6015 Luzern, Telefon 041 340 04 52  
Adressänderungen bitte an den Verlag:  
Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»  
Postfach 4053, 8021 Zürich  
Druckerei: Schmid-Fehr AG, 9403 Goldach